

Herr Köhler erläuterte den Antrag seiner Fraktion und beantragte, aus dem CBL-Geschäft auszusteigen, da der 15.02. als letzter Termin für einen Vertragsabschluss verstrichen sei.

Für die SPD-Fraktion erklärte Herr Schäfer, wegen des Fristablaufes bestehe nun die Möglichkeit ohne Schadenersatzforderung aus dem Vertrag auszusteigen. Die Risiken seien nicht abschätzbar und würden vor dem Hintergrund der sich ändernden amerikanischen Steuergesetzgebung noch größer. Es sei deshalb der Zeitpunkt gekommen, den Beschluss zum Ausstieg zu fassen.

Da ein Pressefotograf fotografierte, fragte der Bürgermeister, ob Einverständnis herrsche, dass dies während der Sitzung geschehe. Da sich ein Ratsmitglied dagegen aussprach, bat der Bürgermeister die Presse, das Fotografieren zu unterlassen.

Frau Bergmann-Gries bat darum, ihr die Rechtsauffassung der Verwaltung zu diesem Thema schriftlich mitzuteilen. Dies sagte der Bürgermeister zu.

Herr Dorgerloh schloss sich den Ausführungen von Herrn Schäfer und Herrn Köhler zum Ausstieg aus der CBL-Transaktion an und beantragte ebenfalls aus dem Geschäft auszusteigen und damit einen Schlussstrich zu ziehen.

Der Bürgermeister legte zunächst den Werdegang des CBL-Geschäftes dar. Zum aktuellen Sachstand erläuterte er, dass er kurz vor der Sitzung vom amerikanischen Investor telefonisch gebeten worden sei, den Termin zu verlängern. Schriftliches liege bislang nicht vor. Weiter führte er aus, dass er das CBL-Geschäft aus fiskalischen Gründen auch heute noch für eine richtige und sinnvolle Maßnahme halte. Er bedankte sich ausdrücklich bei den Ratsmitgliedern, die einen Ausstieg aus dem Geschäft verhindert haben, da dann eine Schadenersatzforderung von ca. 2 Millionen Euro auf die Stadt zugekommen wäre. Vor dem Hintergrund der Ängste vieler Bürger, die offensichtlich nicht ausgeräumt werden konnten, empfahl er dem Rat, die Mandatsvereinbarung mit dem Arrangeur zum 31.03.04 zu kündigen, zukünftige Closing-Angebote über den heutigen Tag hinaus und weitere Investorenangebote unter Zahlung der Eigenbeteiligung der Stadt von 50.000 Euro abzulehnen. Er äußerte die Hoffnung, dass sich alle Fraktionen an der Suche nach Deckungsmöglichkeiten für die entstehende Haushaltslücke beteiligen werden.

Für die CDU-Fraktion beantragte Herr Schröder eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung erklärte Herr Schröder, dass es gute Gründe für Cross Border gegeben habe. Vor allem die freiwilligen Leistungen für die Jugend hätten daraus finanziert werden sollen. Die CDU-Fraktion werde aber dem Vorschlag des Bürgermeisters folgen, da der Ausstieg den Haushalt jetzt nicht belaste. Er dankte dem Bürgermeister, der in den langwierigen Verhandlungen versucht habe, das Beste für die

Stadt herauszuholen und appellierte an die Opposition, bei den anstehenden Haushaltsberatungen die Einschnitte mitzutragen, die auf die Stadt zu kommen.

Nach kurzer Debatte in der Herr Dr. Lennartz, Herr Schäfer, Herr Dorgerloh und Herr Knülle dem Bürgermeister ihren Respekt für seine Entscheidung zollten, fasste der Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss:

- „1. Die Mandatsvereinbarung mit dem Arrangeur wird zum 31. März 2004 aufgekündigt.
2. Zukünftige Closing-Angebote über den heutigen Tag hinaus werden abgelehnt.
3. Weitere Investorenangebote werden unter Zahlung der Eigenbeteiligung der Stadt von 50.000 € abgelehnt.“

**45 Ja-Stimmen**

**1 Nein-Stimme**